

52. Abgeordneter  
**Manfred  
Zöllmer**  
(SPD)      Wie hoch ist das Gesamtaufkommen aus der Bankenabgabe, die derzeit durch Bescheid für die derzeitige Abrechnungsperiode an die Banken aufgrund der Restrukturierungsverordnung erhoben wird?
53. Abgeordneter  
**Manfred  
Zöllmer**  
(SPD)      Wie verteilt sich das Aufkommen auf die einzelnen Bankensparten und einzelne Institute?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Steffen Kampeter vom 1. November 2011**

Die Zahlen zu den Einnahmen liegen leider noch nicht vor. Mit Stand 25. Oktober 2011 konnten die schriftlichen Meldungen der Institute nahezu vollständig bearbeitet werden (Bearbeitungsstand ca. 97 Prozent der etwa 1900 beitragspflichtigen Kreditinstitute). Der sukzessive Versand der Bescheide soll bei erfolgreicher Abnahme der zugrunde liegenden IT-Infrastruktur in den nächsten Tagen beginnen. Die EDV-technischen Möglichkeiten zu weitergehenden Auswertungen über Höhe und Verteilung der Bankenabgabe soll im Rahmen des IT-Projekts bis Ende November 2011 zur Verfügung gestellt werden. Konkrete Zahlen bezüglich der Beiträge liegen der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) daher aktuell noch nicht vor.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie**

54. Abgeordneter  
**Jan van  
Aken**  
(DIE LINKE.)      Hat die Bundesregierung eine Genehmigung für den Export von Fertigungs- und/oder Technologieunterlagen zur Produktion des Transportpanzers „Fuchs“ nach Algerien erteilt, und falls ja, welche Auflagen zum Reexport von in Algerien gefertigten Fuchspanzern an ein Drittland wurden dabei gemacht?

**Antwort des Staatssekretärs Jochen Homann vom 31. Oktober 2011**

Die Bundesregierung hat Genehmigungen für die Ausfuhr von Technologie zum Aufbau einer Fabrik für die Montage des Radpanzers FUCHS 2 und zur Herstellung von Komponenten hierfür nach Algerien erteilt.

Die „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ vom 19. Januar

2000 und der „Gemeinsame Standpunkt 2008/944/GASP des Rates vom 8. Dezember 2008 betreffend gemeinsame Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern“ sehen eine Sicherung des Endverbleibs ausgeführter Rüstungsgüter durch die Abgabe von Endverbleibserklärungen durch den Endempfänger vor. Lieferungen von Kriegswaffen sowie sonstigen Rüstungsgütern, die nach Umfang oder Bedeutung für eine Kriegswaffe wesentlich sind, werden nur bei Vorliegen von amtlichen Endverbleibserklärungen, die ein Reexportverbot mit Erlaubnisvorbehalt enthalten, genehmigt. Dies gilt entsprechend für Exporte von kriegswaffennahen sonstigen Rüstungsgütern, die im Zusammenhang mit einer Lizenzvergabe stehen.

Diesen Grundsätzen entsprechend haben die Empfänger und das algerische Verteidigungsministerium vor Erteilung der Genehmigungen jeweils in einer Endverbleibserklärung versichert, dass die mit Hilfe der zur Ausfuhr genehmigten Technologie hergestellten Rüstungsgüter ausschließlich zum Gebrauch durch das algerische Verteidigungsministerium bestimmt sind und in Algerien verbleiben. Im Fall eines Reexports in andere Länder als die EU- und NATO-Mitgliedstaaten sowie Australien, Japan, Neuseeland und die Schweiz ist die Genehmigung der Bundesregierung erforderlich.

55. Abgeordneter  
**Volker Beck**  
**(Köln)**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Ist – angesichts der Zusage des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie, Dr. Philipp Rösler, 150 verletzte libysche Kämpfer in Deutschland aufzunehmen und medizinisch zu versorgen (vgl. etwa [www.taz.de/Buergerkrieg-in-Libyen/!80018/](http://www.taz.de/Buergerkrieg-in-Libyen/!80018/)) – innerhalb der Bundesregierung auch das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie für die Verteilung humanitärer Hilfe zuständig, und ist es – angesichts der Tatsache, dass die Zusage im Rahmen einer Reise mit Vertreterinnen und Vertretern der deutschen Wirtschaft erfolgte – eine politische Strategie der Bundesregierung, humanitäre Hilfe anlässlich von Besuchen zur Anbahnung von Wirtschaftsbeziehungen zu verteilen?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs  
Ernst Burgbacher  
vom 28. Oktober 2011**

Der Vizekanzler und Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Dr. Philipp Rösler, hat am 12. und 13. Oktober 2011 als erstes Mitglied der Bundesregierung das befreite Tripolis besucht. Die Reise fand in üblicher Abstimmung mit anderen Bundesministerien, auch dem für humanitäre Hilfe zuständigen Auswärtigen Amt, statt, dies gilt auch für die Zusage, 150 verletzte libysche Kämpfer in Deutschland aufzunehmen. Die Verteilung von ca. 5 Tonnen humanitärer Güter im medizinischen Bereich (u. a. Beatmungsgeräte für Kinder, Hilfsmittel für Prothesen), die von Vertretern der deutschen Wirtschaft bereitgestellt wurden, erfolgte auf Grund einer dringenden Bitte der libyschen Seite nach rascher Hilfe auf Grund einer